

Zur Lage des Arbeitsmarktes für praktische Volkswirte.

Ein Hinweis für kriegsverletzte Offiziere.

Von Dr. H. E. Krueger, Berlin-Wilm.

Geschäftsführer des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes.

Die Lage des Arbeitsmarktes ist für kriegsverletzte Offiziere, die volkswirtschaftliche oder juristische Vorkenntnisse besitzen, oder die sich mit dem Geschäftsgang einer Verwaltung bekanntgemacht haben, gegenwärtig günstig.

Aus den zahlreichen Gesuchen nach Volkswirten und Juristen, die beim Deutschen Volkswirtschaftlichen Verband fast täglich einlaufen, geht hervor, daß besonders bei Magistraten und Kreisrätschüssen, aber auch bei Handelskammern usw. Mangel an Beamten herrscht. Besonders in Gemeindeverwaltungen, denen bekanntlich die Durchführung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zur Sicherstellung unserer Volksernährung, der Kriegsfürsorgeeinrichtungen für die Familien der Einberufenen usw. übertragen ist, sind Hilfskräfte erwünscht.

Soweit es sich um Vertretung höherer Beamter oder um statistische Verarbeitung des Materials handelt, kommen freilich nur wissenschaftlich geschulte Kräfte mit abgeschlossener akademischer Bildung in Betracht. Aber auch Stellvertreter für mittlere Beamte gehobener Art bei Magistraten, für Landesbeamte, für Kreissekretäre, für Rechnungsrevisoren, Buchführer von Sparkassen usw. werden vielfach gesucht. Auf diese Stellvertretung mittlerer Beamter seien geeignete kriegsverletzte Offiziere besonders aufmerksam gemacht, weil sie Gelegenheit bietet, sich bei sofortiger Bezahlung in den Kommunaldienst einzuarbeiten.

Für Offiziere, die bereits akademische Bildung besitzen oder sich dem Studium zuwenden wollen, wird folgender Bericht eines Mitgliedes des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes Fingerzeige bieten:

„Ich teile dem Verbands mit, daß ich auf Grund meiner Bewerbungen um die mir durch die Vakanzliste des Verbandes bekannt gewordenen freien Stellen in den Städten X. und Y. gewählt wurde. X. zahlt 4200 M., Y. 3600 M. Gehalt und Dienstvertrag aus. Da Y. sich den mittleren Städten in Errichtung eines statistischen Amtes anzuschließen scheint, hab ich diese Stelle angenommen.

Aufgefallen ist mir bei meinen Bewerbungen, daß Gemeindeverwaltungen dazu übergehen, Volkswirte auch dann zu berücksichtigen, wenn ein Jurist gesucht ist, z. B. X., Z. (wo ich mit einem Assessor in engster Wahl stand, der, wie ich hörte, mir nur wegen seiner längeren Praxis vorgezogen wurde). Bei meinem Besuch für die Stelle in X. machte ich darauf aufmerksam, daß ein Volkswirt in diesem Falle mindestens daselbe leisten könne, wie ein Jurist. Groß scheint der Mangel an Volkswirten und Juristen zu sein. Innerhalb 14 Tagen stand ich an drei Kommunalverwaltungen in engster Wahl; davon haben zwei mich gewählt, die dritte sich noch nicht entschieden. Dazu kommt Z., wo ich meine Bewerbung Ende Juli einreichte. Ein weiterer Beweis für den Mangel an Arbeitskräften dürfte der Umstand sein, daß die Verhandlungen sich jetzt alle telegraphisch abwickelten. Wo sonst Wochen vergingen, fällt jetzt die Entscheidung in knapp acht Tagen. — Hoffentlich hält die Strömung, bei Besetzung von Kommunalbeamtenstellen Volkswirte zu berücksichtigen, auch an.

Es scheint mir ferner ein Zeichen der Zeit zu sein, daß mittlere Städte darangehen, den Grundstock für statistische Ämter zu legen. Hervorgerufen wird diese Absicht wohl in der Erkenntnis, daß die so zahlreich angeordneten Erhebungen besonders für die Lebensmittelversorgung nur von statistisch vorgebildeten Beamten gewinnbringend bearbeitet werden können.“ —

Als Anfangsgehalt wird jetzt von Städten, Kreisrätschüssen usw. in der Regel 300—500 M. monatlich für Volkswirte geboten; für mittlere Beamte etwa 200 M. Da die Stellen, wenigstens zunächst, meist nicht dauernd oder pensionsberechtigt sind, sollten die Bewerber auch stets ein dementsprechendes Gehalt verlangen.